

Jan Gerber

## **Sieger der Geschichte. Auschwitz im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik der DDR**

*In: AG Antifa/Antira im Stura der Universität Halle (Hrsg.): Trotz und wegen Auschwitz. Antisemitismus und nationale Identität nach 1945, Münster 2004*

Als der Blick der ostdeutschen Öffentlichkeit durch die Gedenkfeierlichkeiten zum 50. Jahrestag der so genannten Reichskristallnacht erstmals in größerem Maßstab auf die Pogrome des Jahres 1938 gelenkt wurde, erschien es zahlreichen Beobachtern, als habe die DDR die Juden und die Geschichte der Verfolgungen überhaupt erst zu diesem Zeitpunkt entdeckt. [1] Dieser Eindruck ist zugleich falsch und richtig. Falsch ist er, weil sich die wissenschaftliche, literarische und journalistische Auseinandersetzung mit dem Holocaust [2] – gemessen an der Stagnation der 50er Jahre – seit 1960/61 in einem stetigen Aufwärtstrend befand. Richtig hingegen ist auch, dass alle Beschäftigung das staatliche Desinteresse an der Diskriminierung, Entrechtung und schließlich Ermordung der europäischen Juden bis zur Mitte der 80er Jahre nur äußerst unzureichend zu kaschieren vermochte. Die Auseinandersetzungen wurden zum Großteil nicht um der Opfer oder der Artikulation der Trauer und Fassungslosigkeit willen geführt, sondern maßgeblich aus realpolitischen Erwägungen heraus. Analog zur Veränderung der innen- und außenpolitischen Situation, in der sich die DDR befand, waren gleichzeitig auch die Intensität und die Qualität der Beschäftigung mit dem Massenmord Wandlungen unterworfen.

Diese Wandlungen sowie Kontinuitäten im Umgang der DDR mit Auschwitz sollen im Folgenden beschrieben werden. Darüber hinaus soll versucht werden, die staatlichen Vorgaben und Voraussetzungen, die den Umgang mit dem Massenmord bestimmten, die politischen und ideologischen Funktionen sowie die Auswirkungen der in der DDR gepflegten Erinnerung zu skizzieren.

### **1. Die Auseinandersetzung mit Auschwitz**

Nach 1945 nahmen zahlreiche politisch und »rassisch« Verfolgte ihren Wohnsitz bewusst in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Der Neuanfang und der Bruch mit dem Alten wurden dort stärker betont als in den westlichen Besatzungszonen, die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechern wurde konsequenter betrieben, und auf wissenschaftlich-kultureller Ebene wurde zunächst durchaus Interesse an einer Auseinandersetzung mit den Ursachen des Nationalsozialismus und des Massenmordes gezeigt. Insbesondere KPD- bzw. spätere SED-Mitglieder, die vor dem Nationalsozialismus in die USA, nach Mexiko oder Großbritannien geflohen waren – Paul Merker, Leo Zuckermann, Siegbert Kahn, Wilhelm Koenen u. a. –, verwiesen auf die zentrale Bedeutung des Rassenantisemitismus im NS-System, setzten sich überaus kritisch mit der Rolle der deutschen Bevölkerung in der Zeit des Nationalsozialismus auseinander und erklärten, die Ermordung der Juden habe noch in der Phase des deutschen Rückzugs Vorrang vor militärischen Belangen gehabt. Die Rassenideologie sei das »Kernstück

der faschistischen Weltanschauung«, der Antisemitismus »die populärste Rassenfrage« gewesen. [3] Von dieser Einschätzung ausgehend forderten Merker, Kahn u. a. Wiedergutmachungszahlungen an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus.

Der bestimmende Teil der SED-Funktionäre, zumeist Sowjetemigranten, vertrat in dieser Hinsicht allerdings konträre Positionen. Für den Kreis um Walter Ulbricht und Hermann Matern präsentierten sich Antisemitismus und Rassenideologie lediglich als Mittel zur »Verhetzung der Volksmassen«, Hauptkennzeichen des Nationalsozialismus, so deutete etwa Ulbricht an, sei nicht Antisemitismus, sondern »die Versklavung der Arbeiter« gewesen. [4] Die Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden fand in den Erklärungen und Stellungnahmen der Vertreter dieser Fraktion dementsprechend nicht oder nur am Rande Erwähnung. Diese Einschätzung wirkte sich zugleich auf die Positionierung gegenüber Wiedergutmachungszahlungen aus. Zwar sollten den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus Opferrenten gezahlt werden. Wiedergutmachungsleistungen wurden allerdings abgelehnt; enteignetes Vermögen, Grundstücke und anderer Privatbesitz blieben – soweit nicht bereits vor 1945 zu Niedrigpreisen versteigert – weiterhin in behördlicher Verwaltung. [5]

Spätestens mit der Staatsgründung im Oktober 1949 wurde die Zeit der innerparteilichen Debatten und des spontanen Antifaschismus offiziell beendet und durch eine verfestigte, dogmatisch gebundene Betrachtung von Nationalsozialismus und Antisemitismus ersetzt. An die Stelle der noch relativ offen geführten Diskussionen und des Versuches, das gesamte Spektrum der Verfolgungen zumindest fragmentarisch in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken, traten spätestens mit den 1952 verkündeten »Lehren« aus dem Prozess gegen Rudolf Slansky [6], den ehemaligen Generalsekretär der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, Stillschweigen und Desinteresse. Die in dieser Zeit stattfindenden Auseinandersetzungen innerhalb der SED – Parteiausschlussverfahren, »Säuberungen« usw. – wurden im Partei- und Justizapparat von antisemitischen Erscheinungen begleitet. Im wohl bekanntesten Prozess dieser Jahre, dem Verfahren gegen das ehemalige Mitglied des Zentralkomitees der SED, Paul Merker, wurde dem Angeklagten sein Eintreten für Wiedergutmachungszahlungen an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus zur Last gelegt, er wurde als »König der Juden« bezeichnet und schließlich zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. [7] Während der Verhöre unterstellten ihm Ermittler, er sei »von den Juden gekauft« worden und habe die Absicht gehabt, »die DDR an die Juden zu verschachern«. [8] In einer öffentlichen Stellungnahme der SED wurde erklärt, Merker sei »ein Subjekt der USA-Finanzoligarchie«, er habe die »Interessen zionistischer Monopolkapitalisten« vertreten und »sich als Feind seines eigenen Volkes entlarvt«. [9] Jürgen Kuczynski, einer der prominentesten Wirtschaftshistoriker der DDR, berichtete später, er selbst sei in der späten Stalinära aufgrund seiner jüdischen Herkunft vom Vorsitz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft abgelöst worden [10], Büros der Jüdischen Gemeinden wurden von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes durchsucht, Akten wurden gesichtet und die Korrespondenz beschlagnahmt [11]. In Folge dieser Ereignisse verließen mehrere hundert Juden, mindestens ein Viertel der Mitglieder der Jüdischen Gemeinden, die DDR, fünf der acht Gemeindevorsitzenden flohen nach West-Berlin. [12]

In Lehrbüchern wurden die während der Zeit des Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Juden fortan, wenn überhaupt, nur noch als Opfer unter vielen betrachtet; im Literaturbetrieb wurde versucht, die so genannte Leidensliteratur – zumeist Berichte Überlebender – zurückzudrängen, und aus Bibliotheken wurden einzelne Werke über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik, die nur wenige Jahre, zum Teil Monate zuvor angeschafft worden waren, aussortiert. Dieses Vorgehen wurde begründet, seien nicht mehr zeitgemäß. [13] Eines der zentralen Kennzeichen dieser Jahre war der immer deutlicher verengte, strikt hierarchisch angelegte Antifaschismusbegriff: Während aus den »Kämpfern gegen den Faschismus« – mit dieser Formel wurden nahezu ausschließlich Parteikommunisten bezeichnet – neue nationale Identität geschöpft werden sollte, wurde den Juden die Rolle des Opfers zugewiesen, für das in der vor allem auf Heldentum basierenden nationalen Erinnerungskultur nur wenig Platz vorgesehen war. [14] Wie insbesondere die Gedenkstätten- und Mahnmalkonzepte der späten 40er und frühen 50er Jahre verdeutlichen – die ermordeten Juden wurden dort ihren Herkunftsstaaten zugeordnet –, stellte sich der Massenmord zu dieser Zeit gar nicht mehr als eigenständiges Problem.

Als im Jahre 1960 die Gefangennahme Adolf Eichmanns bekannt gegeben wurde, veränderte sich ebenso wie in der Bundesrepublik auch in der DDR die Beschäftigung mit Auschwitz. Ziel der nun einsetzenden Thematisierung des Massenmordes war allerdings nicht die Intensivierung individueller Auseinandersetzungen mit dem eigenen Verhalten sowie dem Verhalten der eigenen Familie in der Zeit des Nationalsozialismus. Im Zentrum der plötzlichen Beschäftigung mit Auschwitz stand vielmehr die realpolitische Funktionalisierung einer speziellen *Holocaustinterpretation* in den deutsch-deutschen Beziehungen. Durch eine groß angelegte Kampagne, in der die NS-Vergangenheit prominenter westdeutscher Funktionsträger thematisiert wurde, versuchte die DDR, die Existenz der Bundesrepublik zu delegitimieren und die eigene Staatlichkeit im Gegenzug als einzig wahrhafte Konsequenz aus den Lehren der Geschichte zu präsentieren. Formeln wie »der Bonner Kanzler deckt den Judenmörder« [15], Globke ist »der Eichmann Bonns« [16] oder »ohne die Globkes hätte es keinen Eichmann geben können« [17] bestimmten in den folgenden Jahren den publizistischen Umgang mit der Bundesrepublik. Nicht zuletzt aus Prestigegründen intensivierten staatliche Stellen der DDR darüber hinaus ab etwa 1961 die Beziehungen zu den Jüdischen Gemeinden und leisteten u. a. Unterstützungsarbeit bei Vorbereitungen für Gedenkveranstaltungen aus Anlass der Pogromnacht des Jahres 1938. [18] Im Kontext dieser Ereignisse – der Propagandakampagne gegen die Bundesrepublik und dem darüber vermittelten Ausbau der Zusammenarbeit mit jüdischen Institutionen – ergab sich zugleich erstmals seit vielen Jahren wieder die Möglichkeit, Untersuchungen über die Vernichtungspolitik zu veröffentlichen. [19] Die weitgehende Tabuisierung des Massenmordes und seiner Vorgeschichte war somit – wenn auch weniger zum Zweck tatsächlicher Erinnerung – zu Beginn der 60er Jahre durchbrochen. Der Fall Günter Paulus zeigte jedoch, dass die nach 1961 einsetzende Auseinandersetzung mit Auschwitz nur im Rahmen enger politisch-ideologischer Vorgaben möglich war: In einem 1965 erscheinenden Sammelband stellte Paulus die bis dahin geltenden Grundlagen für die Erforschung des Nationalsozialismus – und damit, ohne es explizit auszusprechen, auch der

Ermordung der europäischen Juden – in Frage, nahm Thesen voraus, die Tim Mason im folgenden Jahr in seinem bahnbrechenden Aufsatz über den »Primat der Politik« formulierte [20] und fragte nach den Ursachen der Begeisterung für den Nationalsozialismus in der deutschen Bevölkerung. [21] In der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), dem bedeutendsten historiographischen Periodikum der DDR, wurden Paulus daraufhin die »Abschwächung der Schuld des Monopolkapitals« und »Zugeständnisse an bürgerliche Geschichtsauffassungen« vorgeworfen. [22] Paulus habe, so ein Rezensent, politisch-ideologisch »von der marxistischen Historiographie der DDR überwundene Auffassungen« wieder aufgegriffen. [23] Das Buch wurde noch 1965 verboten, bereits ausgehändigte Exemplare wurden eingezogen. [24]

Nach langwierigen Auseinandersetzungen konnte mit »Kennzeichen J« 1966 schließlich ein Werk erscheinen, das auf weiten Strecken dem Niveau der internationalen Forschung dieser Zeit entsprach. [25] Für die Herausgabe dieses Bandes zeigte sich Helmut Eschwege, der große Außenseiter der Antisemitismus-Forschung der DDR, verantwortlich, Rudi Goguel verfasste das Vorwort und Klaus Drobisch fügte einen chronologischen Abriss der Diskriminierungs- und Verfolgungspolitik an. Nicht zuletzt aufgrund des unkonventionellen Beitrages von Goguel – sein Vorwort verließ ebenfalls den Rahmen der in der DDR bis dahin üblichen Einordnung des Massenmordes in das Funktions- und Beziehungsgeflecht des Nationalsozialismus – dauerte es schließlich bis 1973, bis mit »Juden unterm Hakenkreuz« zumindest thematisch an das Projekt Eschweges angeknüpft werden konnte. [26] War in »Kennzeichen J« noch versucht worden, Ursachenforschung zu betreiben, verharren die Autoren Klaus Drobisch, Rudi Goguel und Werner Müller nunmehr allerdings weitgehend auf der deskriptiven Ebene.

Im Anschluss an das Erscheinen von »Juden unterm Hakenkreuz« erlebte die Antisemitismus-Forschung in der DDR einen deutlichen Aufschwung. Nachdem die politische Einbindung der DDR-Wissenschaft bereits 1967, in Folge des VII. Parteitags der SED gelockert worden war, konnten sich DDR-Wissenschaftler – soweit sie die politisch-ideologischen Vorgaben akzeptierten – nunmehr auch weitaus intensiver mit der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden auseinandersetzen. [27] Gemessen an anderen Bereichen der Zeitgeschichtsschreibung nahm Auschwitz jedoch auch weiterhin nur eine marginale Rolle im Kontext der historischen Forschung und ihrer Darstellung ein. Während die zum Teil durchaus differenzierten Arbeiten einiger Historiker ohnehin nur eine begrenzte Aufmerksamkeit auf öffentlicher Ebene erfuhren, wurde das Thema in der Literatur zumindest etwas breitenwirksamer bearbeitet. Die Zahl der literarischen Annäherungen wurde größer, zahlreiche autobiographische Werke konnten publiziert werden, und es entstanden mehrere durchaus anspruchsvolle Film- und Fernsehproduktionen, in denen eine Auseinandersetzung mit der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik stattfand. [28]

Im Zuge der internationalen Entwicklungen, des Wandels in der Sowjetunion, aber auch aus veränderten innen- und außenpolitischen Zielstellungen heraus erfuhr die Auseinandersetzung mit Auschwitz seit der Mitte der 80er Jahre eine letzte Wandlung. Institutionen der DDR, so die Vermutung zeitgenössischer Beobachter, reagierten mit ihrer seit Mitte der 80er Jahre

forcierten Gedenkpolitik auf Initiativen, die sich aus den Kirchen heraus entwickelten und griffen Impulse der ebenfalls seit Beginn der 80er Jahre verstärkt wahrnehmbaren internationalen Erinnerungspolitik auf. [29] Vor allem nach der Bitburg-Affäre 1985 [30] glaubte die DDR-Führung darüber hinaus, die kritischen Stimmen unter den europäischen und amerikanischen Juden gegenüber der Bundesrepublik zur Aufbesserung ihres außenpolitischen Prestiges nutzen zu können. [31] Insbesondere ein von Erich Honecker angestrebter Empfang im Weißen Haus – der Besuch sollte auf Wunsch der SED-Führung mit Hilfe des Jüdischen Weltkongresses arrangiert werden – sollte zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und den USA beitragen. [32]

Im Verlauf des nun einsetzenden Erinnerungsbooms – von Bodemann später als »Gedenkepidemie« bezeichnet [33] – wurde jüdischer Geschichte und Tradition öffentliche Aufmerksamkeit in bis dahin in der DDR nicht gekannter Weise entgegengebracht. Jüdische Relikte wurden plötzlich in größerem Maßstab restauriert, es wurden Bücher und Broschüren veröffentlicht, und es entwickelte sich, ähnlich wie zehn Jahre zuvor in der Bundesrepublik, ein verstärktes Interesse an einer regional orientierten Aufarbeitung jüdischer Geschichte. [34] Auf wissenschaftlicher Ebene entwickelte Kurt Pätzold sein seit der Mitte der 70er Jahre konzipiertes DDR-Pendant zur funktionalistischen Interpretation des Nationalsozialismus weiter und erstellte damit erstmals ohne größerem politisch-ideologischen Druck ausgesetzt zu werden [35] einen differenzierteren Forschungsansatz über die Rolle wirtschaftlicher Interessenverbände bei der Ermordung der europäischen Juden sowie über die Bedeutung des Antisemitismus in der NS-Ideologie. [36]

Als Lothar de Maizière, der letzte Ministerpräsident der DDR, im Jahre 1990 vor der Volkskammer erklärte, es gelte die Schuld und Verantwortung der Deutschen gegenüber den Juden anzuerkennen, stand er also durchaus in der Tradition der seit Mitte der 80er Jahre einsetzenden Umorientierung der Auseinandersetzung mit Auschwitz. Da dieses Eingeständnis erstmals über vereinfachende Schuldzuweisungen an die Monopolbourgeoisie hinauslief, vollzog er damit jedoch zugleich einen Bruch mit den bis dahin geltenden politisch-ideologischen Voraussetzungen. Durch seinen Verzicht auf Hinweise auf die sozioökonomischen Bedingungen, die Auschwitz möglich gemacht hatten, verabschiedete er sich allerdings zugleich von denjenigen Elementen der DDR-Forschung, die – wenn auch enorm modifikationsbedürftig – eine Basis für eine weitere Auseinandersetzung mit dem Holocaust hätten bilden können. [37]

## **2. Forschungs- und erinnerungspolitische Vorgaben**

Die Grundlage und gleichzeitig den Rahmen für die Analyse des Nationalsozialismus – und daraus abgeleitet auch des Holocaust – bildete die 1935 vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) erarbeitete Dimitroff-Formel. Auch wenn in der Geschichtswissenschaft seit den späten 60er Jahren Entwicklungen zu verzeichnen waren, die zu einer allmählichen Aushöhlung dieser politisch-ideologischen Vorgabe führten [38], verließen insbesondere die öffentlichen Verlautbarungen, die Darstellungen in Reden, Schulbüchern und Zeitungsartikeln bis 1989 nie den Boden der EKKI-Definition.

Faschismus [39] – nach der von Dimitroff vorgetragene These die »offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« [40] – wurde in der Öffentlichkeit als Extremform des Kapitalismus bzw. Imperialismus dargestellt und gleichsam darauf reduziert. Nach dem Motto »das Kapital hat Name und Adresse« spitzte Walter Ulbricht diese Formel bereits 1945 verschwörungstheoretisch weiter zu und benannte die »300 deutschen Plutokraten«, die 1932 im Düsseldorfer Industrieclub an einem Treffen mit Hitler teilgenommen hatten, als Auftraggeber des Nationalsozialismus. [41]

Die Massenbasis der NS-Bewegung wurde in diesem Zusammenhang weitgehend ausgeblendet, geleugnet oder – in anspruchsvolleren Arbeiten – auf Kleinbürgertum und Lumpenproletariat reduziert. Insbesondere die Arbeiterklasse, aber auch große Teile anderer Bevölkerungsgruppen waren nach DDR-offizieller Geschichtssicht resistent gegen Nationalsozialismus und antisemitische Propaganda geblieben und hätten in unzähligen Fällen sogar versucht, aktiv dagegen anzugehen. [42] Der Antisemitismus, so wurde im DDR-Standardwerk über den Holocaust erklärt, sei nur von einer »verschwindenden Minderheit vorbehaltlos bejaht und von der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, abgelehnt« worden. [43]

Hitler, so wurde darüber hinaus immer wieder behauptet, sei lediglich eine austauschbare Marionette der Monopolbourgeoisie gewesen. Sämtliche Maßnahmen seiner Regierung – somit auch der Massenmord an den europäischen Juden – hätten demzufolge in »Übereinstimmung mit dem übergeordneten Klasseninteresse der aggressivsten Kreise des Finanzkapitals« gestanden. [44] Noch von den Toten der Vernichtungslager, so hieß es in einer Publikation aus den 50er Jahren, hätten die »heutigen Geschäftsfreunde amerikanischer, englischer und französischer Monopolisten« profitiert: »Den Opfern wurde das Haar geschnitten; es wurde zu Filz und Steifleinen verarbeitet. Das bei den Verbrennungen abtropfende Knochenfett wurde zu Seife verarbeitet.« [45] Die Vernichtungslager, so wurde hierdurch suggeriert, seien profitorientierte Fabriken zur Gewinnung und Verarbeitung »menschlicher Rohstoffe« gewesen.

Während die Vorstellung, Auschwitz lasse sich direkt aus den Verwertungsinteressen des Monopolkapitals erklären, die öffentliche Darstellung in Zeitungen oder Lehrbüchern teilweise bis in die 80er Jahre hinein bestimmte, begannen sich einige Wissenschaftler bereits im Anschluss an den Eichmann-Prozess von entsprechenden Aussagen zu distanzieren. Mit der Barbarei-These des Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski – Kuczynski führte aus, die Ermordung der Juden lasse sich aus dem barbarischen *System* faschistischer Monopolherrschaft heraus erklären – rückte die DDR-Wissenschaft, ohne es eingestehen zu wollen, bereits von der Vorstellung ab, der Massenmord habe konkrete wirtschaftliche Ziele gehabt. Von profitzentrierten Erklärungsmustern vermochten sich jedoch auch diese Ansätze nicht wirklich zu lösen. In der gleichen Schrift, in der sich Kuczynski von einer reinen Kosten-Nutzen-Rechnung distanzierte, erklärte er, Eichmann sei »auch nichts anderes als ein Manager« gewesen – »nicht eines einzelnen Industriekonzerns, sondern des deutschen Monopolkapitals insgesamt, besonders aber, und damit nennen wir doch einen einzelnen

Konzern, seines einflussreichsten Kerns in der Zeit der Herrschaft der Faschisten, des IG-Farbenkonzerns«. [46] Der Geschichtswissenschaftler Heinz Kühnrich ergänzte etwa zur gleichen Zeit: »Der Antisemitismus war und ist ein Ausdruck des Profitstrebens der herrschenden Klasse. Neben den politischen Zielen, die damit verfolgt werden, war die faschistische Judenpolitik ein einziger Raubzug, angefangen von der Plünderung des Besitzes der Vergasteten bis zur Aneignung ganzer Industriebetriebe.« [47]

Die von Kühnrich angedeuteten politischen Funktionen des Antisemitismus und der Judenverfolgungen bestanden nach Ansicht der offiziellen Geschichtsschreibung darin, die Bevölkerung von der Empörung über die Ausbeutung abzulenken, die Menschen gezielt zu »verrohen« sowie Oppositionelle, insbesondere aus dem Spektrum der Arbeiterbewegung, abzuschrecken. [48] Die Nazis, so wurde 1963 in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft behauptet, hätten die Rassenhetze forciert, »um im Interesse des Monopolkapitals und des Militarismus von der Lösung der sozialen Probleme abzulenken, die den Massen der faschistischen Anhänger von Hitler demagogisch versprochen worden war«. [49] Im gleichen Jahr erklärte Friedrich Karl Kaul: »Der Antisemitismus diente dem reaktionären deutschen Imperialismus dazu, alle Schwierigkeiten auf die Juden abzuwälzen und damit seine Herrschaft zu festigen.« [50] Antisemitismus galt somit als ein *bewusst* eingesetztes Manipulationsinstrument der herrschenden Klasse, das in Blitzableitermanier Klassenkämpfe in so genannte »Rassenkämpfe« umzuwandeln hatte. [51] Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden war nach dieser Auffassung demnach auch kein Hauptkennzeichen des Nationalsozialismus, sondern ein zwar barbarisches, aber dennoch eher nebensächliches Phänomen, das sich den außen- und innenpolitischen Zielen der Monopolbourgeoisie unterordnete. [52] Als zentrales Opfer der NS-Zeit wurde sowohl in der Geschichtswissenschaft als auch in der staatlichen Erinnerungskultur nicht die jüdische Bevölkerung, sondern stets die deutsche Arbeiterbewegung mit der KPD an ihrer Spitze wahrgenommen.

### **3. Funktionen, Folgen und Ursachen**

Aus der unverhältnismäßig starken Betonung des deutschen Widerstandes, der Reduktion des Nationalsozialismus und des Massenmordes auf ökonomische Interessenlagen verschiedener Fraktionen der deutschen Monopolbourgeoisie und der direkt damit verbundenen nachträglichen Entlastung der Bevölkerung ergab sich mit dem Bild des »anderen Deutschland« der zentrale Gründungsmythos der DDR. »Wie aus einem Jungbrunnen«, so umschrieb Eike Geisel die Implikationen der in Ost und West gleichermaßen beliebten Formel, »entstieg dieser Konstruktion, kaum war es mit der kriminellen Volksgemeinschaft vorbei, ein neues Kollektiv, das ganz anders, vor allen Dingen anders deutsch, nämlich anständig gewesen war. Abgesehen vom völkischen Denkmuster, das mit dem Begriff vom »anderen Deutschland« tradiert wird; abgesehen von der Berufung auf Anständigkeit, ein Charakterzug, auf den gerade die Nazis ihre Schlächter immer wieder eingeschworen haben; abgesehen von der Tatsache, dass es Widerstandsaktionen von einzelnen Personen und isolierten Gruppen, nicht aber eine anderen Ländern vergleichbare Widerstandsbewegung gegeben hat;

abgesehen von all diesen Momenten wird bei der Berufung auf das ›andere Deutschland‹ dessen größte Schande sanktioniert: die Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Juden.« [53]

Durch die eindeutigen Schuldzuweisungen an die gesellschaftlichen Eliten, die das eigene Volk »missbraucht« bzw. »verführt« hätten, wurden die zwölf Jahre des Dritten Reiches als »eine Phase der Fremdherrschaft« verstanden, »als gehöre die NS-Zeit gar nicht zur Vorgeschichte der eigenen Gesellschaft«. [54] Die Selbstbeschreibung als antifaschistische deutsche Nation, in der sich in Verlängerung über den Widerstandskampf gegen Hitler alle vermeintlich positiven Traditionen der deutschen Geschichte vereinigt hätten, ermöglichte und verlangte gleichzeitig die Abstraktion »die Faschisten« zur Kennzeichnung der Täter. Der antifaschistische Selbstanspruch der DDR – der hier trotz aller Kritik nicht in Frage gestellt werden soll – in Kombination mit der Selbstwahrnehmung als Opfer des Faschismus, führte den Blick auf Auschwitz wie von unbeteiligter Seite, die zwar bedauert, tatsächlich aber kein aufrichtiges Interesse am Leid der ermordeten Juden aufbringen kann. Als Kurt Löffler, der Kirchenbeauftragte der DDR, bei einem Staatsbesuch in Israel noch im Februar 1989 erklärte, sein Land sei selbst indirekt ein Opfer der Nazis geworden und brauche daher auch keine Verantwortung für Auschwitz zu übernehmen und demzufolge auch keine Wiedergutmachungszahlungen zu leisten [55], verlieh er eben diesem staatlichen Selbstverständnis seinen offiziellen Ausdruck.

Obwohl sie die kollektive Vorgeschichte mit der Bevölkerung der Bundesrepublik teilten, wurden die Menschen in der DDR im Unterschied zu ihren ehemaligen Volksgenossen westlich der Elbe, »zu Mitsiegern der Geschichte erklärt« und »sozusagen posthum zu einem Teil der Antihitlerkoalition erhoben«. [56] Die Wünsche großer Teile der Bevölkerung nach Entlastung und Entschuldung ergänzten sich in diesem Punkt nahezu idealtypisch mit den staatlichen Versuchen innenpolitischer Akzeptanzgewinnung. [57] Eine individuelle moralische Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten und der Rolle der eigenen Familie im System des Nationalsozialismus wurde dadurch, ähnlich wie in der Bundesrepublik, zu Gunsten einer möglichst reibungslosen Integration in den neuen Staat verhindert. Der Umgang mit der Vergangenheit wurde auf diese Weise auf die staatliche Ebene verlagert und in Form einer Abgrenzungspolitik gegenüber dem »westdeutschen Staat der Kriegsverbrecher« auf die außenpolitischen Beziehungen projiziert.

Insbesondere bei den Beziehungen der DDR zu Israel, dem Staat der Überlebenden des Holocaust, wird die Schiefelage der zentralen Gründungsmythologie der »sozialistischen deutschen Nation« deutlich: Kurz nach der Gründung Israels erklärten sich auch Vertreter der SED im Zentralorgan der Partei solidarisch mit den dort lebenden Juden: »Der jüdischen Bevölkerung gehören die Sympathien und die tatkräftige Hilfe aller fortschrittlichen Kräfte. Besonders die demokratischen Kräfte Deutschlands haben die Verpflichtung, ihre Sympathie und Hilfsbereitschaft offen zum Ausdruck zu bringen.« [58] 25 Jahre später, im Jahre 1973, wurde im DDR-Rundfunk erklärt: »Wir lassen uns auch nicht von jenen erpressen, die uns mit dem heuchlerischen Gerede irgendwelcher besonderer Beziehungen zwischen Deutschen und Juden kommen.« [59] Ein »schuldbeladenes Gewissen« sei für die DDR »längst

gegenstandslos geworden«. [60] An die Stelle einer besonderen historisch-politischen Verpflichtung war spätestens seit der Mitte der 50er Jahre ein vehementer Antizionismus getreten. Israel galt von nun an ausschließlich als Brückenkopf des US-Imperialismus. [61] Bei dieser Agitation wurde sowohl die Rolle, die der Holocaust bei der Entstehung des jüdischen Staates gespielt hatte, als auch der Anteil der Sowjetunion an der Gründung Israels verschwiegen.

Auch wenn die späteren Auseinandersetzungen um Israel, die Palästinenser und den Zionismus eine globalpolitische Dimension vor dem Hintergrund des Kalten Krieges hatten und zusätzlich dem Versuch geschuldet waren, die außenpolitische Isolation der DDR über eine Anerkennung durch die arabischen Staaten zu durchbrechen, wurden sie immer auch als Projektionsfläche für die staatliche Vergangenheitsbewältigung genutzt. Insbesondere der – zunächst von der Sowjetunion übernommene – Antizionismus bot der DDR die Möglichkeit, die eigene reale Vergangenheit, die in den Biographien und Mentalitäten vieler Bürger durchaus noch präsent war – und die in den meisten Fällen nicht mit der staatlichen Gründungsmythologie übereinstimmte – zu entsorgen. Die stets vorhandenen staatlichen Entlastungswünsche der DDR manifestierten sich somit, neben der Abgrenzung zur Bundesrepublik, paradoxerweise vor allem in den ständigen Gleichsetzungen der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus. In einer Botschaft des Friedensrates der DDR an die arabischen Staaten hieß es 1968: »Wir Deutschen erinnern uns nur zu gut, dass vor wenigen Jahrzehnten deutsche Eroberer mit ihrem ›Großdeutschland‹ triumphierten, und wir erfahren mit Schrecken, dass nun ›Groß-Israel‹ Trumpf und Triumph sein soll.« [62] Auch in den folgenden Jahren wurden regelmäßig nationalsozialistisch konnotierte Begriffe – »Blitzkrieg«, »Wehrmacht«, »Massenpogrom« usw. [63] – zur Beschreibung bzw. Denunziation der israelischen Politik verwendet. Während des Libanonkrieges 1982 erreichten die Faschismusvergleiche schließlich geradezu exzessive Ausmaße: In den Medien der DDR wurde behauptet, Israel betreibe einen »Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser« [64], einen »Völkermord« [65] und eine »zionistische Endlösung der Palästinenserfrage« [66], bei der Verbrechen begangen würden, für deren Beschreibung »selbst Superlative« nicht ausreichen würden [67]. Die Zeitschrift Asien-Afrika-Lateinamerika ergänzte: »Die israelischen Rechtsextremisten [gemeint sind u. a. Menachim Begin und Ariel Scharon, J.G.] verübten an Arabern Verbrechen, denen vergleichbar, die wenige Jahrzehnte zuvor Faschisten an Juden begangen hatten.« [68] Das Ziel des »Ausrottungsfeldzuges« [69] der Israelis, so wurde verkündet, sei »die physische Vernichtung des arabischen Volkes« [70]; die Palästinenser würden »wie Vieh aneinander gebunden [...] in ›Speziallager‹ getrieben« [71]; neue Konzentrationslager seien errichtet worden [72]. Im August 1982 wurde in der Zeitschrift Horizont schließlich erklärt, von Israel werde »ein von langer Hand vorbereiteter Holocaust« [73] betrieben.

Nachdem die Juden so in die Nazis der Gegenwart verwandelt worden waren, wurde schließlich zeitweise versucht, dieses Schema auch auf die Jahre 1933 bis 1945 zu übertragen. Die »zionistischen Führer«, so wurde u. a. in der Zeitschrift Horizont ausgeführt, seien nach 1933 gewillt gewesen, »den Antisemitismus des deutschen Faschismus für ihre Zwecke

auszunutzen« [74], sie hätten in den USA und Großbritannien antifaschistische Kriegsanstrengungen sabotiert [75] und seien in »wahrlich nicht wenigen Fällen« als »Hitlers ›Fünfte Kolonne« tätig gewesen [76]. Der auch über die DDR hinaus bekannte Publizist Julius Mader behauptete in einem seiner Aufsätze, »zwischen zionistischen Akteuren und der SD-›Elite« des schwarzen Totenkopfordens« habe sich »eine Hand-in-Hand-Arbeit herausgebildet«. [77] Darüber hinaus verwies er auf einen ehemaligen SS-Geheimdienstgeneral: Dieser habe in seinen Memoiren die moderne Büroorganisation eines jüdischen Agenten gelobt und den Wunsch geäußert, sein Amt ebenso modern aufbauen zu können, wie das Büro des betreffenden Spions. »Man geht also durchaus nicht zu weit,« so Mader, »wenn man behauptet, dass sogar SS-Geheimdienstgenerale bei zionistischen Fanatikern in die Lehre gingen.« [78] Die Juden, das ist die wenig versteckte Botschaft dieser Äußerung, tragen nicht nur Mitschuld am Massenmord, sie sind auch nicht nur ebenso schlimm wie die Nazis, sie sind vielmehr das Original, das von den Nationalsozialisten lediglich kopiert wurde.

Insbesondere in den Jahren nach 1967 wurden schließlich selbst Publikationen über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik zur Abrechnung mit Israel genutzt. [79] Vor allem israelischen Politikern wurde in diesem Zusammenhang immer wieder vorgeworfen, sie als Juden hätten nichts aus ihrer Vergangenheit gelernt – eine Anklage, die Auschwitz auf das Niveau einer Besserungsanstalt reduziert. Die wohl perfideste Anschuldigung dieser Art findet sich in einer von Heinz Seydel herausgegebenen Publikation mit Gedichten über den Holocaust. Dieser Sammelband – der Untertitel lautet »Die Judenverfolgung des Dritten Reiches im deutschen Gedicht« – wurde mit einem antizionistischen Gedicht Louis Fürnbergs eingeleitet, dessen erste Strophe im Folgenden zitiert werden soll: »Ein Ghettovolk, jahrhundertlang gequält,/ hat nichts gelernt und fühlt sich auserwählt/ zu Knutenschwingen und zu Herrenton./ Von Bomben träumt die junge Generation,/ das Hakenkreuz schlingt sich zum Zionsstern./ Eintänzertypen fühlen sich als Herrn/ über Arabiens sonngebräunten Sohn [...]« [80]

Anders als von Seiten der DDR-Publizistik immer wieder behauptet, stehen diese Faschismusvorwürfe selbstverständlich nicht im Zusammenhang mit der israelischen Politik. Sie machen vielmehr das Bedürfnis deutlich, endlich auch einmal die Juden als Täter vorzuführen, die Deutschen indirekt entlasten und somit die eigene staatliche (Vor-)Geschichte relativieren zu können. [81] So entsteht bereits nach einer oberflächlichen Zeitschriften- und Zeitungsanalyse der Eindruck, dass den Medien der DDR zu kaum einem Staat der Welt so häufig Begriffe einfielen, die in irgendeiner Weise in Beziehung zum Nationalsozialismus stehen, wie zu Israel. Der französische Publizist Alain Finkielkraut verwies bereits vor mehr als 20 Jahren auf die sozialpsychologische Dimension solcher Analogiebildungen: »Allein der Vergleich an sich«, so Finkielkraut, »ist schon ein Skandal. Man muss um jeden Preis Auschwitz aus dem Gedächtnis der Menschen auslöschen wollen, um einen solchen Vergleich anzustellen. Tatsächlich werden sich an dem Tag, an dem man bewiesen hat, dass die Opfer genauso schuldig sind, wie die Henker, die Henker oder die Kinder der Henker erleichtert fühlen.« [82]

Die Faschismusvorwürfe an Israel symbolisieren jedoch nicht nur das Bedürfnis nach Relativierung der deutschen Verbrechen. Sie verdeutlichen zugleich das Bewusstsein einer Diskrepanz zwischen dem offiziellen antifaschistischen Widerstandsmythos und der nationalsozialistischen Realität. Bei einer vollständigen Verinnerlichung der Gründungsmythologie vom »anderen, anständigen Deutschland« wäre es nicht mehr nötig gewesen, die Bedürfnisse nach kollektiver Entschuldung über aggressive Angriffe gegen die einstigen Opfer abzuleiten. Unter diesen Voraussetzungen hätte kein Bewusstsein von Schuld und folglich auch kein Bedürfnis nach kollektiver Entschuldung mehr existiert. Die Faschismusassoziationen, die sich in der DDR bei Handlungen des Staates Israel stets einstellten, waren somit ein – bewusster oder unbewusster – Versuch, auf die Korrekturen des offiziellen Geschichtsbildes durch individuelle Erinnerungen, literarische Vorstöße, unterschwellige Ahnungen oder konkretes Wissen einzugehen und – ohne von der grundsätzlichen Konzeption des offiziellen Holocaust-Gedenkens abzugehen – einzelne Elemente des offiziellen Geschichtsbildes an *Teile* der Realität anzupassen. Der sich aus den Versuchen, diese Widersprüchlichkeiten zu überwinden, ergebende sekundäre Antisemitismus – ein Antisemitismus nicht trotz, sondern gerade »wegen Auschwitz« [83] – repräsentiert insofern einerseits das Verlangen nach »deutscher Normalität«, nach einer »normalen Arbeiterklasse« bzw. einem »normalen Volk« in einem »ganz normalen Land«. Er symbolisiert damit jedoch gleichzeitig auch das zumindest unterschwellig vorhandene Wissen, dass die jüngere deutsche Geschichte gerade diese gewünschte Normalität nicht hergibt.

#### **4. Fazit**

Ebenso wie in der Bundesrepublik war der Umgang mit dem Massenmord auch in der DDR vor allem von Desinteresse geprägt. Die Beschäftigung mit Auschwitz vollzog sich nicht im politikfreien Raum; sie muss u. a. vor dem Hintergrund des Kalten Krieges verstanden werden. Der Blick auf den Massenmord war an politisch-ideologische Vorgaben gebunden, die ihrerseits die Aufgabe zu übernehmen hatten, die Legitimationsdefizite der DDR im Inneren und nach außen hin abzubauen. Auschwitz wurde als grausames und barbarisches, aber dennoch eher nebensächliches Phänomen »des deutschen Faschismus« betrachtet, das allen anderen außen- und innenpolitischen Zielstellungen des Nationalsozialismus nachgeordnet war. Durch den Versuch, die Ermordung der europäischen Juden allein aus Kosten-Nutzen-Rechnungen heraus zu erklären und Antisemitismus als bewusstes Kalkül der Eliten darzustellen, wurde die deutsche Bevölkerung im Nachhinein von Schuld freigesprochen und selbst als Opfer des Faschismus präsentiert. Wie die stetig wiederholte Formel, Antisemitismus und Rassismus seien in der DDR in Folge der Entmachtung des Finanzkapitals »mit der Wurzel ausgerottet«, zeigt, standen antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung oder die vormalige Akzeptanz der nationalsozialistischen Politik überhaupt nicht zur Debatte. Das nahezu kompromisslose Beharren der SED-Führung auf einer strikten Einhaltung der Dimitroff-These hatte dabei gute Gründe: So waren in dieser Formel bereits das gesamte Selbstbild, das Selbstverständnis und die Legitimationsgrundlage für die staatliche Existenz der DDR angelegt. Der Versuch mit einer Bevölkerung, die zu einem nicht unerheblichen Teil

wenige Jahre zuvor noch zu den festen Stützen der nationalsozialistischen Gesellschaft gehört hatte, einen sozialistischen Staat aufzubauen und diesen in das neu entstandene System der Blockkonfrontation einzugliedern, war auf ideologische Hilfestellungen förmlich angewiesen. Ein solches Unterfangen, das es sich aufgrund der politischen Situation und der damit verbundene Zielstellungen vermutlich gar nicht leisten konnte, die Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit schonungslos einzufordern [84] – und dessen Protagonisten solche Auseinandersetzungen wahrscheinlich auch gar nicht wollten – benötigte geradezu eine Verharmlosung des Massenmordes – offenbarte sich doch gerade an diesem Verbrechen die Beteiligung der deutschen Bevölkerung und ihre Integration in das System des Nationalsozialismus am deutlichsten. Die spezielle Art des in der DDR gepflegten Umgangs mit Auschwitz war damit den außen- und innenpolitischen Faktoren der neu entstandenen politischen Situation nach 1945, gleichzeitig jedoch auch dem positiven Bezug auf die Kategorien »Volk«, »Nation« und »Masse« geschuldet. Individuelle Auseinandersetzungen bzw. ein Gedenken im Sinne einer »Trümmer auf Trümmer« häufenden Erinnerung (Benjamin) [85] wurden somit einer möglichst konfliktfreien Eingliederung der vormaligen »einfachen Volksgenossen« geopfert.

In den unterschwelligem Intentionen, die hinter der Entscheidung standen, die Thesen des EKKI zum Schema für jegliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu erheben, sind gleichzeitig auch die Ursachen für die in späteren Jahren stattfindende inflationäre Verwendung von nationalsozialistisch konnotierten Begriffen für Handlungen des Staates Israel zu suchen. Insbesondere über die Gleichsetzung der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus wurde versucht, die eigene nationale Vergangenheit mit Handlungen des Staates Israel aufzuwiegen und sich damit – als Staat und »gerettete Gemeinschaft« – zu entlasten. Das Schreiben über Auschwitz und das offizielle Gedenken an den Massenmord wurde somit »von deutscher Seite, sowohl gesellschaftlich wie staatlicherseits, in Besitz genommen [...], um deutsche, nationale Deutungsbedürfnisse zu erfüllen«. [86] Wie in der Bundesrepublik hatte auch die Gedenk- und Erinnerungskultur der DDR sehr wenig mit dem real existierenden Judentum zu tun; sie war vielmehr ein wichtiges Element in der neuen deutschen Identitätspolitik nach 1945. [87]

## **Anmerkungen**

[1] Der Vortrag ist eine geringfügig überarbeitete Fassung meines Aufsatzes über den »Umgang der DDR mit Auschwitz« in den Hallischen Beiträgen zur Zeitgeschichte 8 (1999).

[2] Der Begriff »Holocaust« wurde in der Geschichtswissenschaft der DDR fast nicht verwendet. Lediglich in den Printmedien wurde er seit Beginn der 80er Jahre gelegentlich gebraucht. Viel häufiger wurde allerdings auch dort der Begriff »Endlösung« – in Anführungszeichen – benutzt.

[3] Stefan Heymann: Marxismus und Rassenfrage, Berlin 1948, S. 5, 43.

[4] Walter Ulbricht: Die Legende vom »deutschen Sozialismus«. Ein Lehrbuch für das schaffende Volk über das Wesen des deutschen Faschismus, Berlin 1945, S. 34 ff.

[5] Vgl. Constantin Goschler: Paternalisierung und Verweigerung. Die DDR und die Wiedergutmachung für jüdische Verfolgte des Nationalsozialismus. In: Wolfgang Benz (Hg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt am Main, New York 1993.

[6] Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slansky. In: Karl Wilhelm Fricke: Warten auf Gerechtigkeit. Kommunistische Säuberungen und Rehabilitationen. Bericht und

Dokumentation, Köln 1971. Die »Lehren« erschienen erstmals am 4. Januar 1953 im Neuen Deutschland. Slansky wurde im Rahmen der spätstalinistischen Kampagnen gegen »Zionismus und Kosmopolitismus« verhaftet und im November 1952 zum Tode verurteilt.

[7] Vgl. Paul Merker: An die zentrale Kontrollkommission des ZK der SED. Schreiben vom 1. Juni 1956. In: Jeffrey Herf: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Akten. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1994). Merker wurde 1950 aus der SED ausgeschlossen, 1952 wurde er verhaftet. Nach drei Jahren in Untersuchungshaft wurde er 1955, bereits nach Stalins Tod, zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach einer internen Überprüfung seines Falles wurde Merker 1956 aus dem Gefängnis entlassen. Dieselben Richter, die ihn nur kurz zuvor verurteilt hatten, befanden ihn nun für unschuldig. Eine volle politische Rehabilitation blieb aus.

[8] Vgl. ebd., S. 653.

[9] Lehren, S. 170 ff.

[10] In seinem 1983 erstmals in der DDR veröffentlichten Buch »Dialog mit meinem Urenkel« bemühte sich Kuczynski jedoch gleichzeitig um Relativierung. Seine Ablösung sei auf sowjetische Initiative hin geschehen, die Parteiführung der SED habe antisemitische Haltungen »niemals auch nur in der aller kleinsten Andeutung übernommen«. Vgl. Jürgen Kuczynski: Dialog mit meinem Urenkel. Neunzehn Briefe und ein Tagebuch. Erstveröffentlichung der ungekürzten und unzensierten Originalfassung, Berlin 1996, S. 57 f.

[11] Vgl. Fricke: Warten, S. 87.

[12] Vgl. die kürzlich erschienene, äußerst instruktive Studie von Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antisemitismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S. 400, 403.

[13] Vgl. Olaf Groehler: Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR. In: Rolf Steininger (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien, Köln, Weimar 1994, S. 242 ff.

[14] Jüdischer Widerstand – 1948/49 noch mit der Veröffentlichung eines Erinnerungsberichts Zivia Lubetkins gewürdigt (Zivia Lubetkin: Die letzten Tage des Warschauer Ghettos, Potsdam 1949) – wurde nicht mehr thematisiert.

[15] Ausschuss für deutsche Einheit (Hg.): Globke. Der Bürokrat des Todes. Eine Dokumentation über die Blutschuld des höchsten Bonner Staatsbeamten bei der Ausrottung der Juden, ohne Ort und Jahr, S. 254.

[16] Heinz Kühnrich: Judenmörder Eichmann. Kein Fall der Vergangenheit, Berlin 1961, S. 104.

[17] Friedrich Karl Kaul: Der Fall Eichmann, Berlin 1963, S. 217. Hans Globke war in den 30er Jahren Mitverfasser eines juristischen Kommentars zu den Nürnberger Gesetzen. Von 1953 bis 1963 war er Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

[18] Vgl. u. a. Angelika Timm: Der 9. November in der politischen Kultur der DDR. In: Steininger: Der Umgang, S. 254.

[19] Z.B. Siegbert Kahn: Dokumente der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen Antisemitismus und Rassenhetze. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 2 (1960); Kühnrich: Judenmörder Eichmann; Martin Riesenburger: Das Licht verlöschte nicht. Dokumente aus der Nacht des Nazismus, Berlin (Ost) 1960.

[20] Vgl. Tim Mason: Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus. In: Das Argument 41 (1966).

[21] Vgl. Günter Paulus: Die zwölf Jahre des tausendjährigen Reiches. Streiflichter auf die Zeit der faschistischen Diktatur über Deutschland, Berlin (Ost) 1965.

[22] Karl Drechsler: Günter Paulus: Die zwölf Jahre des tausendjährigen Reiches (Rezension). In: ZfG 4 (1966), S. 645 ff.

[23] Ebd., S. 647.

[24] Vgl. Olaf Groehler: Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR. In: ders., Ulrich Herbert: Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 55.

[25] Helmut Eschwege (Hg.): Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden, Berlin (Ost) 1966. Zu den Auseinandersetzungen um die Veröffentlichung des Buches vgl. ders.: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991, S. 189 ff.

[26] Klaus Drobisch, Rudi Goguel, Werner Müller: Juden unterm Hakenkreuz. Verfolgung und Ausrottung der deutschen Juden, Berlin (Ost) 1973.

[27] Z.B. Dietrich Eichholtz: »Großgermanisches Reich« und »Generalplan Ost«. In: ZfG 11 (1980); Kurt Pätzold: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933-1945), Berlin (Ost) 1975; ders.: Von der Vertreibung zum Genozid. Zu den Ursachen, Triebkräften und

Bedingungen der antijüdischen Politik des faschistischen deutschen Imperialismus. In: Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler (Hgg.): Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, Berlin (Ost) 1980.

[28] Z.B. Jurek Becker: Jakob der Lügner, Berlin (Ost) 1969; Peter Edel: Wenn es ans Leben geht. Meine Geschichte, Berlin (Ost) 1979; Mischket Liebermann: Aus dem Ghetto in die Welt. Autobiographie, Berlin (Ost) 1977. Darüber hinaus sei an Frank Beyers 1974 nach einer Romanvorlage von Jurek Becker gedrehten Film »Jakob der Lügner« erinnert.

[29] Vgl. Y. Michal Bodemann: Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung, Hamburg 1996, S. 106.

[30] 1985 trafen sich Helmut Kohl und Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg – dort sind u. a. Angehörige von Einheiten der Waffen-SS begraben – zu einer »Versöhnung über den Gräbern«.

[31] Die Vorstellung, dass die Politik der USA mit Hilfe des Jüdischen Weltkongresses beeinflusst werden kann, ist – wie vermutlich nicht weiter ausgeführt werden muss – bereits selbst Teil des antisemitischen Tickets.

[32] Vgl. Angelika Timm: Israel in den Medien der DDR. In: Benz: Jahrbuch, S. 170.

[33] Vgl. ebd., S. 110.

[34] Z.B. Hans-Gerhard Cheim: Zur Verfolgung Berliner Jüdischer Rechtsanwälte 1933-1945. In: ZfG 11 (1988); Wolf Gruner: Der Beginn der Zwangsarbeit für arbeitslose Juden in Deutschland 1938/39. Dokumente aus der Stadtverwaltung Berlin. In: ZfG 2 (1989); Harry Stein: Quellen zum antisemitischen Pogrom in Thüringen. In: ZfG 10 (1988).

[35] Vgl. Joachim Käppner: Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR, Hamburg 1999, S. 159.

[36] Zwar machte auch Pätzold das Monopolkapital für alle Aspekte der nationalsozialistischen Herrschaft verantwortlich, anders als ein Großteil seiner orthodox-marxistischen Kollegen gestand er der antisemitischen Ideologie jedoch eine gewisse Eigendynamik zu, die im Verlauf der Kriegshandlungen zu einer Radikalisierung der antijüdischen Politik geführt habe. Vgl. Kurt Pätzold: Von der Vertreibung zum Genozid; ders.: Der historische Platz des antijüdischen Pogroms von 1938. Zu einer Kontroverse. In: Jahrbuch für Geschichte 26 (1982), Berlin (Ost) 1982; ders.: Einleitung. In: ders. (Hg.): Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, Leipzig 1983. Zur Kritik bzw. den Implikationen der funktionalistischen Schule vgl. Dan Diner: Ereignis und Erinnerung. Über Variationen historischen Gedächtnisses. In: Nicolas Berg, Jess Jochimsen, Bernd Stiegler (Hgg.): Shoah. Formen der Erinnerung, München 1996.

[37] Um Missverständnissen vorzubeugen: Hier soll es – wie auch aus den beiden folgenden Kapiteln deutlich werden dürfte – nicht um die Ehrenrettung der Faschismus- und Antisemitismusforschung der DDR gehen. Im Gegensatz zu den Vertretern der Totalitarismustheorie, die nach 1989/90 zu neuer Anerkennung gelangten, war den DDR-Wissenschaftlern – so holzschnittartig und verschoben ihre »Analysen« auch immer waren – jedoch immerhin noch bewusst, dass es einen Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus/Nationalsozialismus gibt.

[38] Vgl. hierzu Richard Saage: Faschismustheorien. Mit einem Vorwort »Zwanzig Jahre danach: Faschismustheorien und ihre Kritiker«, Baden-Baden 1997, S. 42 f.; Manfred Weissbecker: Entteufelung der braunen Barbarei. Zu einigen Tendenzen der Geschichtsschreibung der BRD über Faschismus und faschistische Führer, Berlin (Ost) 1975, S. 94 ff.

[39] Der Nationalsozialismus wurde in der DDR durch die Bezeichnung »deutscher Faschismus« bekanntlich auf eine deutsche Version eines internationalen Phänomens reduziert. Zu den sozio-politischen Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen italienischem Faschismus und Nationalsozialismus vgl. Richard Saage: Der italienische und der deutsche Faschismus. In: ders.: Arbeiterbewegung, Faschismus, Neokonservatismus, Frankfurt am Main 1987. Dieser Aufsatz bietet zwar selbstverständlich keine Erklärung für Auschwitz. Für ihn gilt jedoch, was Saage auch in Hinblick auf seine Studie über Faschismustheorien bzw. die dort präferierte Bonapartismustheorie konstatiert: »Gerade in dem Aufweis, dass der deutsche Faschismus die von dem bonapartismustheoretischen Modell nahe gelegte »Normalität des starken Staates« gesprengt hat, kann er uns zumindest die sozio-politischen Rahmenbedingungen und ihre Ursachen vor Augen führen, die die Katastrophe in Form von »Hitlers willfährigen Vollstreckern« (Goldhagen) ermöglichten.« Saage: Faschismustheorien, S. 18.

[40] Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus. 2.

- August 1935. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.): VII. Kongress der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin (Ost) 1975, S. 93.
- [41] Ulbricht: Die Legende, S. 13 ff.
- [42] Vgl. Drobisch u. a.: Juden unterm Hakenkreuz, S. 73, 138, 265 f., 319 ff., 382.
- [43] Ebd., S. 138.
- [44] So der kritische Hinweis bei Groehler: Der Umgang, S. 57.
- [45] Kuratorium für den Aufbau Nationaler Gedenkstätten in Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück (Hg.): Buchenwald. Nationale Gedenkstätte für die Widerstandskämpfer gegen den Faschismus. Dokumentensammlung mit Skizzen und Lagekarten, 2. Auflage, Reichenbach ohne Jahr, S. 19.
- [46] Jürgen Kuczynski: Die Barbarei – extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland. In: ZfG 7 (1961), S. 1485.
- [47] Kühnrich: Judenmörder Eichmann, S. 19.
- [48] Vgl. ebd.; Drobisch u. a.: Juden unterm Hakenkreuz, S. 70, 225, 239.
- [49] Manfred Unger: Die »Endlösung« in Leipzig. Dokumente zur Geschichte der Judenverfolgung 1933-1945. In: ZfG 5 (1963), S. 941.
- [50] Kaul: Der Fall Eichmann, S. 30.
- [51] Vgl. Drobisch u. a.: Juden unterm Hakenkreuz, S. 11 ff.
- [52] Ebd., S. 135.
- [53] Eike Geisel: Triumph des guten Willens. Gute Nazis und selbsternannte Opfer. Die Nationalisierung der Erinnerung, Berlin 1998, S. 132 f.
- [54] Martin Broszat: Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, München 1986, S. 38.
- [55] Vgl. Goschler: Paternalismus, S. 111.
- [56] Ralph Giordano: Die zweite Schuld oder Von der Last, Deutscher zu sein, Hamburg 1987, S. 214.
- [57] Meuschel stellt die These auf, dass der Antifaschismus auch für die Integration ansonsten eher systemferner Bürger eine besondere Rolle spielte. Zum Beweis und zur Begründung zitiert sie Christa Wolf: »Weil wir als sehr junge Menschen, aufgewachsen im Faschismus, erfüllt waren von Schuldgefühlen und denen dankbar waren, die uns da herausgeholt hatten.« Vgl. Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt/Main 1992, S. 28 ff. Angesichts der Tatsache, dass der Antifaschismus der DDR ein Antifaschismus ohne Blick auf Auschwitz und die Massenbasis des Nationalsozialismus war, bekommt dieser Satz eine zweite Bedeutung: Befreit wurde die Generation Christa Wolfs nicht nur vom Faschismus, sondern ganz offiziell auch von den von ihr erwähnten Schuldgefühlen. Das Bekenntnis zu diesem entlastenden Antifaschismus dürfte selbst vormals stark in den Nationalsozialismus integrierten Personen nicht besonders schwer gefallen sein.
- [58] Paul Merker: Der neue Staat des jüdischen Volkes. In: Neues Deutschland vom 24. Februar 1948. Eine Dokumentation des Textes findet sich auch bei Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997, S. 458.
- [59] Zit. nach: Thomas Haury: Deutscher Antiimperialismus. In: Jungle World 47 (1998), S. 16.
- [60] Zit. nach: Ebd.
- [61] Vgl. hierzu Angelika Bator, Wolfgang Bator (Hgg.): Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956-1982, Berlin (Ost) 1984.
- [62] Aus der Botschaft des Friedensrates der DDR an die arabischen Völker vom 25. Januar 1968. In: ebd., S. 131.
- [63] Vgl. exemplarisch Albert Norden: An der Seite der arabischen Völker. Rede auf der außerordentlichen Tagung des Präsidiums des Friedensrates der DDR in Berlin. 14. Juni 1967. In: ders.: In Aktion für das sozialistische Vaterland. Ausgewählte Aufsätze und Reden 1964-1969, Berlin 1969, S. 398 f.
- [64] Wolfgang Schüssler: Die israelische Aggression gegen Libanon und das palästinensische Volk. In: Deutsche Außenpolitik 12 (1982), S. 58.
- [65] Martin Robbe: Palästinenser verteidigen Recht auf Selbstbestimmung. In: Asien-Afrika-Lateinamerika 6 (1982), S. 1013.
- [66] Gerhard Zázworka, Peter van Dick: Israelischer Mordfeldzug verschärft Nahostkrise weiter. In: Horizont 34 (1982), S. 5.
- [67] Ingo Schönfelder: Israels Libanonaggression 1982. In: Lothar Rathmann u. a. (Hgg.): Asien-Afrika-Lateinamerika. Bilanz und Chronik des Jahres 1982, Berlin (Ost) 1983, S. 124.
- [68] Robbe: Palästinenser, S. 1021.

- [69] O.A.: o.T. In: Horizont 27 (1982), S. 2.
- [70] Edmund Röhner: USA – Nahostpolitik gegen Frieden und nationale Unabhängigkeit. In: Horizont 28 (1982), S. 9.
- [71] Rainer Kerndl: Fotos klagen an. In: Horizont 33 (1982), Bildunterschrift S. 17.
- [72] Vgl. ebd.
- [73] Zázworka, van Dick: Israelischer Mordfeldzug, S. 5.
- [74] Klaus Polkehn: Wie es wirklich war – Zionismus im Komplott mit dem Faschismus. In: Horizont 3 (1970), S. 28.
- [75] Julius Mader: Nazikonspiration mit Zionisten. In: Horizont 38 (1970), S. 28.
- [76] Ders.: Juden gegen Ware. In: Horizont 37 (1970), S. 28.
- [77] Ebd., S. 29
- [78] Ebd.
- [79] Vgl. u. a. Drobisch u. a.: Juden unterm Hakenkreuz, S. 34; Heinz Seydel: Reflexionen. In: ders. (Hg.): Welch ein Wort in die Kälte gerufen. Die Judenverfolgung des Dritten Reiches im deutschen Gedicht, Berlin 1968, S. 21 f.
- [80] Ebd., S. 21.
- [81] Vgl. Haury: Deutscher Antiimperialismus, S. 16.
- [82] Zit. nach: Susann Heenen: Deutsche Linke, linke Juden und der Zionismus. In: Dietrich Wetzell (Hg.): Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästina-Konflikt, Frankfurt am Main 1983, S. 104.
- [83] Dan Diner: Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz. In: Babylon 1 (1986), S. 10.
- [84] Dies sollte nicht als Rechtfertigung der Erinnerungspolitik der DDR verstanden werden, sondern als Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, die nach Auschwitz fortbestanden.
- [85] Vgl. Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte. In: ders.: Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften, Leipzig 1984, S. 161.
- [86] Bodemann: Gedächtnistheater, S. 13 f.
- [87] Vgl. ebd., S. 99.